

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

6 — 74300 — 2682/59 II

Bonn, den 24. April 1959

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
vom 29. Mai 1958 zwischen der Bundesrepu-
blik Deutschland und dem Königreich Däne-
mark über die gemeinsame Fischerei in der
Flensburger Innenförde

nebst Begründung, Abkommen und einer Denkschrift zum
Abkommen mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen
Bundestages herbeizuführen.

Die Durchführung des Gesetzes verursacht keine zusätzlichen
Verwaltungskosten.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten und des Auswärtigen gemeinsam
erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 204. Sitzung am 17. April 1959
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Mai 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark
über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 29. Mai 1958 in Bonn unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen die Vorschriften nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 1 des Abkommens zu erlassen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 8 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1: Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde bedarf gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes der Zustimmung in der Form eines Bundesgesetzes.

Zu Artikel 2: Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens sieht vor, daß die von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten auf bestimmten Sachgebieten für die Ausübung der Fischerei im Vertragsgebiet zu erlassenden Vorschriften inhaltlich gleichlautend sein sollen. Die in diesen Vorschriften zu behandelnden Sachgebiete betreffen auf seiten der Bundesrepublik ausschließlich die im Land Schleswig-Holstein gelegenen Küstengewässer im Bereich der Flensburger

Förde. Es erscheint daher zweckmäßig, den Erlaß der Vorschriften gemäß Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens dem Land Schleswig-Holstein zu übertragen.

Zu Artikel 3: Das Gesetz enthält die für Zustimmungsgesetze zu zwischenstaatlichen Verträgen übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4: Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht der Vorschrift des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Gemäß Artikel 8 Abs. 2 des Abkommens tritt dieses drei Monate nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Es ist daher eine entsprechende Bekanntgabe im Bundesgesetzblatt erforderlich.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde

Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
angående fælles fiskeri i Flensborg inderfjord

DER PRÄSIDENT
 DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 und
 SEINE MAJESTÄT
 DER KÖNIG VON DÄNEMARK

VON DEM WUNSCH GELEITET, die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde zu regeln, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
 Herrn Dr. Wilhelm von Grolman,
 Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt,
 Seine Majestät der König von Dänemark
 Herrn Bjarne Paulson,
 Chargé d'Affaires ad interim,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen gilt für den Teil der Flensburger Förde, der im Osten durch die Linie Klein Borreshöft—Neukirchen Feuer begrenzt wird (Vertragsgebiet). Von dem Vertragsgebiet wird jedoch das Nybelnoor bis zu seiner durch die beiden Seezeichen bezeichneten Ausmündung ausgeschlossen.

(2) Im Vertragsgebiet ist die Fischerei für diejenigen Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten frei, die beim Inkrafttreten dieses Abkommens in den an die deutsche oder die dänische Seite dieses Teils der Förde grenzenden Gemeinden ihren Wohnsitz haben. Fischer, die sich nach diesem Zeitpunkt in diesen Gemeinden niederlassen, erwerben das Recht zur Ausübung der Fischerei in dem Gebiet des anderen Vertragsstaates erst, nachdem sie ein Jahr lang ununterbrochen die Fischerei im Fördeteil des Heimatstaates ausgeübt haben.

(3) Auf Eigentum oder Privilegien beruhende Sonderrechte werden durch die in Absatz 2 enthaltenen Bestimmungen nicht berührt.

(4) Deutsche und dänische Staatsangehörige, die nicht in den in Absatz 2 bezeichneten Gemeinden wohnen, dürfen die Fischerei im Vertragsgebiet nur innerhalb des Hoheitsgebietes ihres Heimatstaates ausüben.

Artikel 2

(1) Fischer, die nach Artikel 1 an der gemeinsamen Fischerei im Vertragsgebiet teilnehmen, sind befugt, unter Beachtung der geltenden Bestimmungen, insbesondere der Lebensmittelüberwachungs-, Zoll- und Paßvorschriften, ihre Fänge aus dem Vertragsgebiet an den im Vertragsgebiet gelegenen Küstenplätzen des anderen Vertragsstaates (vgl. Artikel 4 Abs. 1 a) zu landen und abzusetzen sowie dort ihren Fischereibedarf und Mundvorrat einzunehmen und zu ergänzen.

FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLANDS
 PRÆSIDENT
 og
 HANS MAJESTÆT
 KONGEN AF DANMARK

HAR UD FRA ØNSKET om at skabe regler for det fælles fiskeri i Flensborg inderfjord vedtaget at afslutte en overenskomst og har i denne anledning som deres befuldmægtigede udnævnt:

Forbundsrepublikken Tysklands præsident
 Ministerialdirigent
 dr. Wilhelm von Grolman,
 Hans Majestæt Kongen af Danmark
 Chargé d'Affaires ad interim
 Bjarne Paulson,

hvilke efter at have udvekslet deres fuldmagter, der er fundet at være i god og behørig form, er blevet enige om følgende bestemmelser:

Artikel 1

(1) Denne overenskomst gælder for den del af Flensborg Fjord, der mod øst begrænses af linien Lille Borshoved—Nykirke fyr (aftaleområdet). Fra aftaleområdet undtages dog Nybøl Nor til dets ved de to sømærker betegnede udmunding.

(2) I aftaleområdet står fiskeriet åbent for sådanne af de kontraherende staters statsborgere, som ved denne overenskomsts ikrafttræden har deres bopæl i de til den tyske eller den danske side af denne del af fjorden grænsende kommuner. Fiskere, der efter dette tidspunkt bosætter sig i disse kommuner, erhverver først retten til at udøve fiskeri på den anden kontraherende stats område, efter at de i et år uafbrudt har udøvet fiskeri i hjemstatens del af fjorden.

(3) Særrettigheder, der hviler på ejendomsret eller privilegier, berøres ikke af de i stk. 2 indeholdte bestemmelser.

(4) De tyske og danske statsborgere, der ikke har bopæl i de i stk. 2 nævnte kommuner, er kun berettigede til at udøve fiskeri i aftaleområdet indenfor deres egen stats højhedsområde.

Artikel 2

(1) Fiskere, som i overensstemmelse med artikel 1 deltager i det fælles fiskeri i aftaleområdet, har ret til, under iagttagelse af de gældende bestemmelser, derunder navnlig levnedsmiddelkontrol-, told- og pasforskrifterne, at landsætte og afhænde deres fangster fra aftaleområdet på de i den anden kontraherende stat i aftaleområdet beliggende kystpladser (jfr. artikel 4, stk. 1. a), såvel som til sammesteds at indtage og komplettere deres fiskeriforødenheder og proviant.

(2) Teilnehmer an der Gemeinschaftsfischerei dürfen im anderen Vertragsstaat nicht mit abgabefreiem Schiffsproviant beliefert werden. Sie dürfen auch solchen Schiffsproviant nicht beziehen.

Artikel 3

(1) Fischereifahrzeuge, die im Vertragsgebiet beheimatet sind, haben außer dem Kennzeichen des Heimatortes das besondere Merkmal „FF“ zu führen. Kennzeichen und Merkmal „FF“ sind am Schiffskörper und am Großsegel anzubringen und müssen, solange die Fahrzeuge im Gebrauch sind, deutlich sichtbar sein.

(2) Den nach Artikel 1 Absatz 2 zum Fischfang im Vertragsgebiet berechtigten Fischern ist von der zuständigen Behörde des Heimatstaates ein besonderer Ausweis auszustellen, den sie bei der Ausübung der Fischerei im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bei sich zu führen haben.

Artikel 4

(1) Für die Ausübung der Fischerei im Vertragsgebiet werden von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten inhaltlich gleichlautende Vorschriften über

- a) die zur Anlandung und zum Ankauf nach Artikel 2 freigegebenen Küstenplätze,
- b) Kennzeichen und Benutzung der Fangplätze,
- c) Fangarten und Fanggeräte,
- d) Mindestmaße und Schonzeiten,
- e) Kennzeichnung der Fischereifahrzeuge und Fanggeräte,
- f) Inhalt, Ausstellung und Kontrolle der Ausweise

erlassen. Entwürfe für solche Vorschriften sind gemeinsam von einer Kommission auszuarbeiten, in die jeder der beiden Vertragsstaaten drei Mitglieder entsendet.

(2) Im übrigen gelten die allgemeinen fischereirechtlichen Bestimmungen jedes Vertragsstaates innerhalb seines Hoheitsgebietes, soweit sie nicht durch die nach Absatz 1 zu erlassenden Vorschriften eingeschränkt oder abgeändert werden.

Artikel 5

(1) Hat in dem zum Vertragsgebiet gehörenden Teil des Hoheitsgebietes des einen Vertragsstaates eine Zuwiderhandlung gegen die in diesem Abkommen festgesetzten Vorschriften stattgefunden, so sind die Aufsichtsbeamten dieses Vertragsstaates bei Gefahr im Verzuge befugt, den Täter auch in dem Teil des Hoheitsgebietes des anderen Vertragsstaates festzustellen, der zum Vertragsgebiet gehört. Die Feststellung hat sich auf die Ermittlung der Erkennungszeichen des Fahrzeuges, die Prüfung der Ausweise und auf Durchsuchung des Fahrzeuges zur Sicherung von Beweismitteln zu beschränken. Die verfolgenden Aufsichtsbeamten sind beim Erscheinen der Beamten der zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates verpflichtet, diesen die weiteren Feststellungen zu überlassen und in das eigene Hoheitsgebiet zurückzukehren.

(2) Gelingt die Feststellung der Zuwiderhandlung und des Täters erst in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates und ist kein Aufsichtsbeamter dieses Vertragsstaates zur Stelle, so sind die verfolgenden Aufsichtsbeamten befugt, das Fahrzeug des Täters zu einer Aufsichtsstelle des anderen Vertragsstaates zu bringen und dieser die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Ein Verbringen des Fahrzeuges auf die eigene Seite ist unzulässig.

(2) Til deltagere i det fælles fiskeri må der i den anden kontraherende stat ikke udleveres afgiftsfri skibsproviant. De må heller ikke modtage sådan skibsproviant.

Artikel 3

(1) Fiskerifartøjer, der er hjemmehørende i aftaleområdet, skal foruden hjemstedsmærke føre det særlige mærke "FF". Såvel hjemstedsmærke som mærket "FF" skal anbringes på skroget og storsejlet og skal, så længe fartøjet er i brug, tydeligt kunne ses.

(2) For de i artikel 1, stk. 2, nævnte fiskere, der har ret til fiskeri i aftaleområdet, skal der af vedkommende myndigheder i deres eget land udstedes et særligt legitimationsbevis, som de pågældende skal have hos sig under udøvelsen af fiskeriet indenfor det andet lands højhedsområde.

Artikel 4

(1) For udøvelsen af fiskeri i aftaleområdet vil der af begge kontraherende staters regeringer blive udfærdiget forskrifter af samme indhold vedrørende

- a. de til landing og indkøb i henhold til artikel 2 frigivne kystpladser,
- b. afmærkning og benyttelse af fangstpladser,
- c. fangstmåder og fangstredskaber,
- d. mindstemål og fredningstider,
- e. mærkning af fiskerifartøjer og fangstredskaber,
- f. indhold, udstedelse og kontrol med legitimationsbeviserne.

Udkast til sådanne forskrifter skal udarbejdes i fællesskab af en kommission, til hvilken hver af de kontraherende stater udpeger tre medlemmer.

(2) Iøvrigt gælder indenfor hver af de kontraherende staters højhedsområde de almindelige fiskeribestemmelser, for så vidt disse ikke indskrænkes eller ændres ved de i henhold til stk. 1 udfærdigede forskrifter.

Artikel 5

(1) Når en overtrædelse af de i denne aftale fastsatte forskrifter har fundet sted på den del af aftaleområdet, der falder ind under den ene kontraherende stats højhedsområde, er den pågældende stats tilsynsmyndigheder i særlig påtrængende tilfælde beføjede til også på den del af den anden kontraherende stats højhedsområde, der hører til aftaleområdet, at fastslå, hvem gerningsmanden er. Konstateringen skal indskrænke sig til at fastslå fartøjets kendingsmærker, kontrollere legitimationsbeviserne og til at ransage fartøjet med henblik på sikring af bevismateriale. Når vedkommende myndigheder fra den anden kontraherende stat kommer til stede, er de forfølgende tilsynsmyndigheder pligtige at overlade disse den videre konstatering og at vende tilbage til deres eget lands højhedsområde.

(2) Lykkes det først på den anden kontraherende stats højhedsområde at konstatere overtrædelsen og at fastslå, hvem gerningsmanden er, og er ingen af denne kontraherende stats tilsynsmyndigheder til stede, er de forfølgende tilsynsmyndigheder beføjede til at indbringe gerningsmandens fartøj til et kontrolsted i den anden kontraherende stat og overlade denne at træffe de videre fornødne forholdsregler. Det er ikke tilladt at føre fartøjet tilbage til eget område.

(3) Wird ein Fahrzeug des einen Vertragsstaates in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates wegen einer Zuwiderhandlung gegen die in diesem Abkommen festgesetzten Vorschriften angehalten, so sind die Aufsichtsbeamten des anderen Vertragsstaates befugt, sofern kein Aufsichtsbeamter des Heimatstaates des Fahrzeuges zur Stelle ist, das Fahrzeug des Täters zu einer Aufsichtsstelle des Heimatstaates zu bringen und dieser die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Ein Verbringen des Fahrzeuges nach einem eigenen Hafen ist unzulässig, es sei denn, daß es sich um eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 1 Absatz 4 handelt.

(4) Gegenseitige Besuche der Fischereiaufsichtsbeamten zu Dienstzwecken sollen zulässig sein.

Artikel 6

(1) Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, Artikel 3 sowie gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 erlassenen Vorschriften werden von dem Vertragsstaat verfolgt und bestraft, in dem das bei der Tat benutzte Fischereifahrzeug beheimatet ist.

Wer gegen Artikel 1 Absatz 4 verstößt und in dem fremden Teil des Vertragsgebietes betroffen wird, ist von den Behörden dieses Vertragsstaates nach den dort geltenden Bestimmungen zu bestrafen. Die Strafverfolgung kann jedoch dem Heimatstaat überlassen werden. Gelingt die Festnahme des Täters nicht innerhalb des fremden Hoheitsgebietes, so ist er von den Behörden seines Heimatstaates zu verfolgen, gegebenenfalls zu bestrafen.

(2) Wer vorsätzlich

1. gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, Artikel 3 oder gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 erlassenen Vorschriften verstößt, wird mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 120 DM bzw. 200 kr.,
2. gegen Artikel 1 Absatz 4 verstößt, wird mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 240 DM bzw. 400 kr. bestraft.

(3) Wer eine in Absatz 2 mit Strafe bedrohte Handlung fahrlässig begeht, wird im Falle des Absatzes 2 Nr. 1 mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 60 DM bzw. 100 kr., im Falle des Absatzes 2 Nr. 2 mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 120 DM bzw. 200 kr. bestraft.

(4) Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 sowie gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben c und d erlassenen Vorschriften ist neben der Strafe auf Einziehung des ganzen Fanges zu erkennen. Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c erlassenen Vorschriften kann außerdem auf Einziehung der benutzten Fanggeräte mit den dazu gehörenden Schleptrossen erkannt werden, ohne Unterschied, ob die Fanggeräte und Schleptrossen dem Verurteilten gehören oder nicht. Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 4 ist auf Einziehung der benutzten Fanggeräte zu erkennen. Sind die in Satz 1 genannten Zuwiderhandlungen fahrlässig begangen worden, so kann neben der Strafe auf Einziehung des ganzen Fanges erkannt werden.

Die Belieferung mit oder der Bezug von abgabefreiem Schiffsproviant in Widerspruch mit der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 ist von den Behörden des Vertragsstaates, wo die Zuwiderhandlung stattgefunden hat, mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 60 DM bzw. 100 kr. zu bestrafen.

Artikel 7

Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, einander diejenigen Maßnahmen mitzuteilen, die sie im Interesse der Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens getroffen haben.

(3) Anholdes et fartøj fra den ene kontraherende stat på den anden kontraherende stats højhedsområde på grund af en overtrædelse af de i denne aftale fastsatte forskrifter, skal denne anden kontraherende stats tilsynsmyndigheder, såfremt ingen tilsynsmyndighed fra fartøjets hjemstat er til stede, være beføjet til at indbringe gerningsmandens fartøj til et kontrolsted i hjemstaten og overlade denne at træffe de videre fornødne forholdsregler. Det er ikke tilladt at føre fartøjet ind til egen havn, medmindre der foreligger en overtrædelse af artikel 1, stk. 4.

(4) Fiskeritilsynsmyndighederne skal have adgang til i tjenesteøjemed at aflægge hinanden besøg.

Artikel 6

(1) Overtrædelse af artikel 1, stk. 2, 2. punktum, artikel 3 samt de i henhold til artikel 4, stk. 1 udstedte forskrifter forfølges og straffes af den af de kontraherende stater, i hvilken det ved overtrædelsen benyttede fiskerfartøj er hjemmehørende.

Den, der overtræder artikel 1, stk. 4, og som antræffes på den fremmede del af aftaleområdet, straffes af myndighederne i dette land efter de der gældende bestemmelser. Strafforfølgningen kan dog overlades til hjemlandet. Lykkes det ikke at anholde gerningsmanden indenfor det fremmede højhedsområde, vil han være at forfølge og i givet fald at straffe af sit hjemlands myndigheder.

(2) Den, der forsætligt

1. overtræder artikel 1, stk. 2, 2. punktum, artikel 3 eller de i henhold til artikel 4, stk. 1 udstedte forskrifter, straffes med bøde på ikke under 120 DM, henholdsvis 200 kr.
2. overtræder artikel 1, stk. 4, straffes med bøde på ikke under 240 DM, henholdsvis 400 kr.

(3) Den, der uagtsomt gør sig skyldig i en handling, for hvilken der i henhold til stk. 2 er fastsat straf, straffes i de i stk. 2 punkt 1 nævnte tilfælde med bøde på ikke under 60 DM, henholdsvis 100 kr., og i de i stk. 2 punkt 2 nævnte tilfælde med bøde på ikke under 120 DM, henholdsvis 200 kr.

(4) Ved forsætlig overtrædelse af artikel 1, stk. 2, 2. punktum og stk. 4 samt af de i henhold til artikel 4, stk. 1, litra c og d udstedte forskrifter vil der foruden bøden være at afsige dom om konfiskation af hele fangsten. Ved forsætlig overtrædelse af de i henhold til artikel 4, stk. 1, litra c udstedte forskrifter kan der desuden afsiges dom om konfiskation af de benyttede fangstredskaber med tilhørende slæbetrosser, uanset om fangstredskaberne og slæbetrosserne tilhører den dømte eller ej. Ved forsætlig overtrædelse af artikel 1, stk. 4 skal der afsiges dom om konfiskation af de benyttede fangstredskaber. Er de i 1. punktum nævnte overtrædelser begået uagtsomt, kan der foruden bøden afsiges dom om konfiskation af hele fangsten.

Udlevering eller modtagelse af uberigtiget proviant i strid med bestemmelsen i artikel 2, stk. 2, straffes af myndighederne i den af de kontraherende stater, i hvilken overtrædelsen har fundet sted, med bøde på ikke under 60 DM, henholdsvis 100 kr.

Artikel 7

De to kontraherende staters regeringer forpligter sig til at underrette hinanden om de foranstaltninger, som de har truffet for at sikre overholdelsen af de i denne overenskomst indeholdte bestemmelser.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen tritt an die Stelle des 9. Abkommens innerhalb des Vertrags über die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen vom 10. April 1922. Es bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt drei Monate nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, und gilt zunächst für die Dauer von fünf Jahren. Von da ab verlängert es sich stillschweigend jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht mit einer einjährigen Frist gekündigt worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Mai 1958 in doppelter Urschrift in deutscher und dänischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 8

(1) Denne overenskomst træder i stedet for overenskomst nr. 9 i traktaten af 10. april 1922 angående ordning af de som følge af overgangen til Danmark af suveræniteten over Nordslesvig opståede spørgsmål. Den skal ratificeres. Ratifikationsinstrumenterne skal udveksles i København så snart som muligt.

(2) Overenskomsten træder i kraft 3 måneder efter udløbet af den måned, i hvilken ratifikationsinstrumenterne udveksles, og gælder foreløbig for et tidsrum af 5 år. Derefter forlænges den stiltiende med et år ad gangen, såfremt den ikke er blevet opsagt med et års varsel.

TIL BEKRÆFTELSE HERAF har begge parter befuldmægtigede forsynet denne overenskomst med deres underskrifter.

UDFÆRDIGT I Bonn, den 29. Mai 1958 i to eksemplarer på tysk og dansk, begge tekster af samme gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For Forbundsrepublikken Tyskland:

Wilhelm von Grolman

Für das Königreich Dänemark:

For Kongeriget Danmark:

Bjarne Paulsen

Denkschrift

zum Abkommen vom 29. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde

I. Vorgeschichte des Abkommens

Im Jahre 1922 wurde erstmalig zwischen Deutschland und Dänemark ein Abkommen über die gemeinsame Befischung der Flensburger Förde durch deutsche und dänische Fischer getroffen. Dieses Abkommen war als Nr. 9 ein Bestandteil des deutsch-dänischen Vertrages betr. die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen vom 10. April 1922 (Reichsgesetzbl. II S. 143). Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Teilung der Flensburger Förde für die an den Fördeküsten ansässigen Fischer veranlaßten diese zwischenstaatliche Vereinbarung über die Fischereiausübung in der Förde.

Das Abkommen von 1922 hat sich für die Fischer beider Länder sehr bewährt und war ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1946 in Kraft. Im Jahre 1946 wurde das Abkommen von Dänemark unter Berufung auf Artikel 7 Abs. 2 außer Anwendung gesetzt. Dieser Artikel 7 Abs. 2 besagte folgendes: „Jeder der beiden Vertragsteile behält sich das Recht vor, das vorliegende Abkommen vorübergehend ganz oder teilweise außer Anwendung zu setzen, wenn Rücksichten auf internationale Verwicklungen dies erfordern.“

Die durch die dänische Entscheidung, das Abkommen außer Anwendung zu setzen, erneut ausgelösten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der betroffenen Fischer führten zu einer gemeinsamen Entschließung des Flensburger Fischereivereines und des dänischen Fischereivereines für die Nordküste der Flensburger Förde. Beide Vereine beantragten am 23. August 1952 in gleichlautenden Eingaben bei der Landesregierung Schleswig-Holstein und dem Königl. Dänischen Fischereiministerium in Kopenhagen, das Abkommen von 1922 unter Beschränkung auf den inneren Teil der Flensburger Förde wieder in Kraft zu setzen. Aber erst zu Beginn des Jahres 1954 erklärte sich Dänemark bereit, einer Wiederanwendung des Abkommens zuzustimmen. Am 23. Juni 1954 erfolgte die Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen (Bundesgesetzbl. II S. 717) über eine Wiederanwendung des gesamten Vertragswerkes von 1922 mit Wirkung vom 1. Dezember 1953. In dieser Bekanntmachung heißt es ferner, daß die Bundesregierung und die Königl. Dänische Regierung übereingekommen sind, Verhandlungen wegen einer Neufassung des Fischereiabkommens aufzunehmen.

Die Verhandlungen über eine Neufassung des Fischereiabkommens wurden unter Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein im Oktober 1954 und im Januar 1955 in Kopenhagen geführt. Am 28. Januar 1955 erfolgte die Paraphierung des neuen Abkommens durch die deutsche und dänische Delegation. Die Unterzeichnung wurde nach Prüfung durch die beteiligten Ressorts und nach Notenwechsel mit der Königl. Dänischen Regierung am 29. Mai 1958 in Bonn vollzogen.

II. Wirtschaftliche Bedeutung des Abkommens

Wie bereits bei dem Abkommen von 1922 bedeutet die Ausdehnung der Fischereiausübungsbefugnis der an der deutschen Fördeküste ansässigen Fischer auf den dänischen Teil des Vertragsgebietes eine wesentliche Förderung der Existenzfestigung. Dies gilt insbesondere für zahlreiche ostvertriebene Fischer, die in den Nachkriegsjahren in den deutschen Fischereiortern der Förde mit dem Neuaufbau eines Betriebes begannen.

Folgende wesentliche wirtschaftliche Verbesserungen gegenüber 1922 sind für die deutschen Fischereibetriebe von dem neuen Abkommen zu erwarten:

1. Der für die deutschen Küstenfischer der Flensburger Förde bedeutsamen Muschelfischerei kann es durch die gemäß Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens zu erlassende Rechtsverordnung ermöglicht werden, zukünftig auch die umfangreichen Muschelvorkommen in den dänischen Hoheitsgewässern des Vertragsgebietes zu nutzen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde von der mit der Vorbereitung dieser Rechtsverordnung beauftragten deutsch-dänischen Kommission bereits erzielt.
2. Es wird der deutschen Schleppnetzfischerei ermöglicht, die zeitweilig umfangreichen Heringsvorkommen in der äußeren Förde (Geltinger Bucht) zu nutzen.

III. Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Abkommens

Der Wortlaut des Abkommens ist nach Möglichkeit dem des alten Abkommens von 1922 angeglichen worden.

Zu Artikel 1

Es war notwendig, den Geltungsbereich des Abkommens in örtlicher Hinsicht festzulegen und den Teilnehmerkreis auf solche Fischer zu beschränken, die in den Ortschaften des Vertragsgebietes beheimatet sind. Neu hinzuziehende Fischer erwerben das Recht, auf der anderen Seite zu fischen, erst nach einem Jahr.

Die Beschränkung des Vertragsgebietes auf den Innenteil der Förde war deshalb notwendig, weil die Fischerei in der Außenförde nach dem Wunsch der deutschen und dänischen Fischer für die Schleppnetzfischerei freigegeben werden sollte, und es nicht möglich erschien, die Parität auf der zahlenmäßig überlegenen deutschen Seite auf dem Verordnungswege herzustellen.

Zu Artikel 2

Die Erlaubnis für den Verkauf von Fischen und den Einkauf von Proviant in Ortschaften des anderen Landes berücksichtigt einen dringenden Wunsch der dänischen Seite. Nachteile für die deutsche Fischerei entstehen dadurch nicht.

Dem Versuch, den Einkauf von Schiffsproviand durch Schmuggel zu mißbrauchen, steht das Verbot entgegen, Teilnehmer an der Gemeinschaftsfischerei im anderen Vertragsstaat mit abgabefreiem Schiffsproviand zu beliefern.

Zu Artikel 3

Zur Erleichterung der Aufsicht sieht Artikel 3 besondere Ausweispapiere für die zur gemeinsamen Fischerei Berechtigten und besondere Kennzeichnungen an ihren Fischereifahrzeugen vor.

Zu Artikel 4

Diese Vorschrift verpflichtet und ermächtigt die Regierungen der Vertragsstaaten, inhaltlich gleichlautende Sondervorschriften zu erlassen über

- a) die zur Anlandung und zum Ankauf nach Artikel 2 freigegebenen Küstenplätze,
- b) Kennzeichen und Benutzung der Fangplätze,
- c) Fangarten und Fanggeräte,
- d) Mindestmaße und Schonzeiten,
- e) Kennzeichnung der Fischereifahrzeuge und Fanggeräte und
- f) Inhalt, Ausstellung und Kontrolle der Ausweise.

Für die Zusammensetzung der Kommission, welcher die Ausarbeitung der zu erlassenden Vorschriften obliegt, bestimmte das Abkommen von 1922, daß jedes der beiden Vertragsländer je einen Fischereibeamten und zwei von den Fischern, die an der gemeinsamen Fischerei teilhaben, zu entsenden habe. Das neue Abkommen überläßt die Auswahl der Kommissionsmitglieder dem Ermessen der beiden Vertragspartner, wobei man es in Anlehnung an die bisherige Regelung als selbstverständlich unterstellte, daß nur mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Personen als Kommissionsmitglieder zu entsenden sind. Demgemäß wurde bereits durch Schreiben des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 22. März 1955 — III C 3 — 3962.4 — 82/55 — der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein ermächtigt, die drei deutschen Kommissionsmitglieder zu bestellen.

In einem Briefwechsel der Delegationsführer vom 28. Januar 1955 wurde vereinbart, „daß die in Artikel 4 Ziff. 1 des Abkommens vorgesehene Kommission ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Ratifizierung und des Inkrafttretens des Abkommens alsbald gebildet wird und ihre Arbeiten aufnimmt.“ Dies ist bereits 1955 geschehen. Die Kommission hat in der Zwischenzeit die ihr obliegende Entwurfsausarbeitung so weit fertiggestellt, daß der Erlaß der Vorschriften gemäß Artikel 4 voraussichtlich unmittelbar nach der Ratifizierung des Abkommens erfolgen kann.

Artikel 5

Hier werden die Befugnisse der Aufsichtsorgane geregelt, wenn sie Veranlassung haben, im Hoheitsgebiet des anderen Landes tätig zu werden. Ein zwangsweises Verbringen eines Vertragsteilnehmers nach einem Hafen des anderen Landes ist ausdrücklich ausgeschlossen, wenn seine Ergreifung erst in seinem eigenen Hoheitsbereich möglich war.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Festsetzung von Strafen bei Zuwiderhandlungen. Wichtig ist, daß Vertragsteilnehmer nur von Behörden ihres eigenen Heimatlandes bestraft werden können. Fischer, die nicht im Vertragsgebiet wohnen, also in das Abkommen nicht einbezogen sind, können bei erwiesener Fischerei im fremden Hoheitsgebiet vom anderen Land bestraft werden, doch kann die Strafverfolgung auch dem eigenen Lande überlassen werden. Für die einzelnen Zuwiderhandlungen sind in Anlehnung an das dänische Recht Mindeststrafen von 60,— DM, 120,— DM und 240,— DM vorgesehen, außerdem Einziehung von Fang- und Fischereigeräten.

Während die Strafvorschriften des Abkommens von 1922 deutscherseits in der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten Schleswig vom 5. 3. 1926 festgesetzt wurden, sind sie nunmehr in den Artikel 6 des Abkommens selbst aufgenommen worden. Hierbei war es ohne Gefährdung des Zustandekommens des für die deutschen Fischer äußerst wichtigen Abkommens nicht möglich, nach der deutschen Rechtsnorm Höchststrafen festzusetzen, da die dänische Seite großen Wert darauf legte, mit den Strafvorschriften des dänischen Seefischereigesetzes in Einklang zu bleiben. Dieses Zugeständnis wurde der deutschen Seite dadurch erleichtert, daß die deutschen Wünsche auf sachlichem Gebiet restlos erfüllt wurden.

Zu Artikel 7

Die Vertragspartner verpflichten sich, einander über die zur Durchführung des Abkommens getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Diese aus dem Artikel 6 des alten Abkommens übernommene Vereinbarung hat sich bestens bewährt.

Zu Artikel 8

Hier wird vereinbart, daß das neue Abkommen an die Stelle des Abkommens vom 10. April 1922 tritt und daß es in beiden Ländern der Ratifizierung bedarf. Das Abkommen soll 3 Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und zunächst für 5 Jahre gelten. Danach soll sich die Laufzeit automatisch um 1 Jahr verlängern, wenn keine fristgerechte Kündigung erfolgt ist.

Die Inkraftsetzung nach 3 Monaten ermöglicht es, die in Artikel 4 vorgesehenen Vorschriften rechtzeitig zu erlassen.